



Dekarbonisierung der Industrie

Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung gibt ein klares Ziel vor: Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045. Mit ihren hohen energie- und prozessbedingten CO₂-Emissionen ist das insbesondere für die energieintensiven Industrien eine besondere Herausforderung, die mit milliardenschweren Investitionen verbunden ist. Im Fokus stehen insbesondere die Grundstoffe produzierenden Branchen Stahl, Chemie, Zement, Kalk, Nichteisenmetalle, Glas, Keramik, Papier und Zellstoff, Gießereien sowie weitere relevante Teile der energieintensiven Industrien mit prozessbedingten Emissionen.

Mit dem Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) und dem BMWK-Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“ sollen Industrieunternehmen in Deutschland beim Transformationsprozess hin zur Treibhausgasneutralität unterstützt und hochqualifizierte Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Kompetenzzentrum in Cottbus

Das Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) berät und fördert energieintensive Industrien in Deutschland zum Thema Treibhausgas-minderung. Das Kompetenzzentrum ist ein Geschäftsbereich der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Durch die Ansiedlung in Cottbus leistet es einen aktiven Beitrag zur Strukturentwicklung in der Lausitz.

Förderprogramm für innovative Klimaschutztechnologien

Das KEI betreut als Projektträger das Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“. Mit dem Programm unterstützt das Bundeswirtschaftsministerium Projekte in der energieintensiven Industrie, die prozessbedingte Treibhausgasemissionen weitgehend und dauerhaft reduzieren.

Weitere Informationen:
www.klimaschutz-industrie.de

Auf einen Blick

Name des Förderprogramms:	Dekarbonisierung in der Industrie
Zuwendungsgeber:	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Beantragung/Projektträger:	Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI)
Zielgruppe:	Unternehmen in Branchen der gewerblichen Wirtschaft, die vom Anwendungsbereich des EU-Emissionshandels erfasst sind und prozessbedingte Emissionen aufweisen